09/23

29. März 2023

Amtliches Mitteilungsblatt

Seite

Grundsätze für die Qualitätssicherung im Bereich Studium und Lehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (GQSL)
vom 6. Februar 2023. 159

Principles for Quality Assurance in the Field of Studies and Teaching at the Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (PQAST)
from the 6th of February 2023. 172

Hochschule für Technik
und Wirtschaft Berlin

University of Applied Sciences

Herausgeberin

Die Hochschulleitung der HTW Berlin

Treskowallee 8

10318 Berlin

Redaktion

Justiziariat

Tel. +49 30 5019-2813

Fax +49 30 5019-2815

HOCHSCHULE FÜR TECHNIK UND WIRTSCHAFT BERLIN

Grundsätze für die Qualitätssicherung im Bereich Studium und Lehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (GQSL)

Auf Grund von § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Neufassung der Satzung der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin zu Abweichungen von Bestimmungen des Berliner Hochschulgesetzes (AMBl. HTW Berlin Nr. 29/09) in Verbindung mit § 8 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerlHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 2011 (GVBl. S. 379), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Juli 2022 (GVBl. S. 450), hat der Akademische Senat am 6. Februar 2023 die Neufassung der folgenden Ordnung beschlossen[1]:

Gliederung der Ordnung

§ 1 Geltungsbereich ... 160
§ 2 Qualitätsziele in Studium und Lehre ... 160
§ 3 Ziele des Qualitätsmanagements in Studium und Lehre ... 161
§ 4 Zuständigkeiten ... 161
§ 5 Einhaltung der Rahmenvorgaben ... 162
§ 6 Interne Evaluation I: Hochschulstatistische Kennzahlen und Studiengangsmonitoring ... 163
§ 7 Interne Evaluation II: Befragungen ... 164
§ 8 Interne Evaluation III: Kommunikative Formate ... 164
§ 9 Externe Evaluation ... 165
§ 10 Grundsätze der Zusammenarbeit mit Beiräten ... 166
§ 11 Laufende Qualitätssicherung ... 167
§ 12 Grundlegende Bestandsaufnahme ... 167
§ 13 Erhebung, Verarbeitung, Speicherung der Daten und Weitergabe der Ergebnisse ... 168
§ 14 Regelmäßige Information der zentralen Hochschulgremien, der Öffentlichkeit und des Landes Berlin ... 170
§ 15 In-Kraft-Treten/Veröffentlichung/Außer-Kraft-Treten ... 171

[1] Bestätigt durch die Hochschulleitung der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin am 15. Februar 2023.

A: Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

(1) Die Grundsätze für die Qualitätssicherung in Studium und Lehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW Berlin), im Folgenden: GQSL, ergänzen die Satzung der HTW Berlin, die Hochschulordnung (HO), die Rahmenstudien- und prüfungsordnung (RStPO), die Berufungsordnung der HTW Berlin und die Studien- und Prüfungsordnungen der Bachelor- und Masterstudiengänge der HTW Berlin.

(2) Wo diese Grundsätze eine bereichsspezifische Konkretisierung erfordern, treffen die Fachbereiche entsprechende Beschlüsse. Diese bedürfen der Bestätigung durch die Hochschulleitung und sind hochschulöffentlich zu machen. Vor ihrer Entscheidung kann die Hochschulleitung ein Votum des Akademischen Senats einholen.

(3) Alle in diesen Grundsätzen aufgeführten Regelungen für Fachbereiche bzw. die Dekanate gelten – soweit zutreffend - entsprechend für das Zentrum für berufsbegleitendes und weiterbildendes Studium (ZbwS) und die Zentraleinrichtung Fremdsprachen bzw. deren Leitungen.

(4) Für Kooperationsstudiengänge können eigene gleichwertige Regelungen getroffen werden. Die Kooperationsstudiengänge werden in den dafür vorgegebenen Intervallen einer Programm(re-)akkreditierung unterzogen, es sei denn die Partnerhochschule ist ebenfalls systemakkreditiert oder verfügt über einen anderen Nachweis einer systemischen Zertifizierung gemäß den Vorgaben des Akkreditierungsrats. Die Entscheidung zu Satz 2 trifft das zuständige Dekanat im Einvernehmen mit der Hochschulleitung.

§ 2 Qualitätsziele in Studium und Lehre

(1) Das Qualitätsverständnis und der allgemeine Qualitätsanspruch der HTW Berlin umfassen sowohl die Ergebnis- als auch die Prozessqualität von Studium und Lehre. Das Studienangebot soll

- die gesetzten qualitativen und quantitativen Ziele effektiv und effizient erfüllen,
- den aktuellen Standards guter Lehre und Forschung entsprechen,
- die fachliche und überfachliche akademische Kompetenzentwicklung wirksam unterstützen und dabei Optionen zur individuellen Profilbildung bieten,
- darüber hinaus zur allgemeinen Persönlichkeitsentwicklung beitragen,
- zur Berufsbefähigung führen und ganz allgemein die Erwerbsfähigkeit stärken,
- zu einem guten Einstieg in eine Erwerbstätigkeit oder Anschlussqualifizierung verhelfen,
- Chancengleichheit durch transparente faire Verfahren und individuelle Unterstützung gewährleisten sowie
- hervorragenden Service in Verwaltung und Beratung bieten.

(2) Als Hochschule für angewandte Wissenschaften zielt die HTW Berlin mit ihrem Studienangebot vornehmlich auf die Entwicklung praxisnaher, d.h. handlungs-, entscheidungs- und lösungsorientierter sowie sozial verantwortlicher akademischer Kompetenzen. Dabei fördert das Studienangebot auch die Entwicklung überfachlicher, insbesondere fremdsprachlicher, interkultureller und interdisziplinärer Kompetenzen sowie die Erlangung von Kompetenzen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Gender und Diversity. Die Lernziele werden fach- und studiengangspezifisch in den Studien- und Prüfungsordnungen und Modulbeschreibungen konkretisiert.

(3) Studien- und Prüfungsordnungen, das Campusmanagement und ein umfassendes Serviceangebot sichern die Möglichkeit zu einem Studium ohne hochschulseitig verursachten Verzug. Gleichzeitig unterstützen sie ein hohes Maß an individueller Gestaltungsautonomie, die den Studierenden einerseits Raum zu individueller Profilbildung gibt und andererseits die Vereinbarkeit des Studiums mit sonstigen Verpflichtungen (Familie, Ehrenamt, Erwerbsnotwendigkeit) erleichtert.

§ 3 Ziele des Qualitätsmanagements in Studium und Lehre

Das Qualitätsmanagement in Studium und Lehre an der HTW Berlin umfasst alle Maßnahmen der Qualitätsplanung (Festlegung der Qualitätsziele und der Maßnahmen zu ihrer Erreichung), der Qualitätssicherung (Evaluation und Überwachung der Einhaltung von Vorgaben) und der Qualitätsverbesserung (Defizit- und Potenzialanalysen sowie ggf. Zielanpassungen). Das Qualitätsmanagement der HTW Berlin soll dementsprechend

- effektiv und unbürokratisch dabei helfen, festzustellen, inwieweit die vorgegebenen und selbst gesteckten Ziele im Bereich Studium und Lehre erreicht werden und ob die jeweiligen Ziele noch zeitgemäß sind,
- damit die Hochschulautonomie rechtfertigen und stärken,
- darüber hinaus die weitere Professionalisierung der Planungs-, Verwaltungs- und Serviceprozesse der Hochschule befördern und so

bessere Rahmenbedingungen für gute Lehre und ein erfolgreiches Studium schaffen.

§ 4 Zuständigkeiten

(1) Die Sicherung und Verbesserung der Qualität des Studiums ist Aufgabe jedes Hochschulangehörigen. Die Verantwortung für das Qualitätsmanagement im Bereich Studium und Lehre liegt bei der Hochschulleitung, den Dekanaten und Studiengangsprecher*innen sowie bei den Leitungen des ZbwS und der Zentraleinrichtung Fremdsprachen.

(2) Aufgabe der Hochschulleitung ist es, das hochschulweite Qualitätsmanagementsystem weiterzuentwickeln, seinen effektiven und effizienten Einsatz sicher zu stellen und zu stützen. Die Hochschulleitung hat im Zusammenwirken mit den zuständigen Gremien der akademischen Selbstverwaltung Schlussfolgerungen aus den Befunden der Qualitätssicherungsmaßnahmen für die Hochschule als

Ganzes im Hinblick auf die Programmentwicklung, die Ressourcenallokation und die hochschuleigenen Rahmenbedingungen abzuleiten.

(3) Die Fachbereiche, das ZbwS und die Zentraleinrichtung Fremdsprachen setzen die von ihnen im Rahmen dieser Grundsätze festgelegten Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung eigenverantwortlich um. An den Fachbereichen trägt der/die Dekan*in dabei die Gesamtverantwortung, der/die Prodekan*in in der Regel die Verantwortung für konkrete Einzelmaßnahmen.

(4) Auf Studiengangsebene liegt die Verantwortung für das Qualitätsmanagement bei dem/der Studiengangsprecher*in. Näheres ist in der Fachbereichsordnung zu den Aufgaben und Befugnissen von Studiengangsprecher*innen der Hochschule für Technik und Wirtschaft geregelt.

(5) Die beim Akademischen Senat eingerichtete Kommission für Evaluation berät den Akademischen Senat bei der Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements und der hochschulweiten Abstimmung von Evaluationsmaßnahmen (insbesondere Umfragen und Kennzahlenanalysen). Der Kommission für Evaluation gehören an:

- die für Studium und Lehre zuständigen Dekanatsmitglieder,
- der/die Referent*in für Evaluation des Zentralen Referats Hochschulentwicklung und Qualitätsmanagement (ZR HE&QM),
- ein*e akademische Vertreter*in der Zentraleinrichtung Fremdsprachen,
- ein*e Vertreter*in des ZbwS und
- drei Studierende.

Die Vertreter*innen vom ZbwS und der Zentraleinrichtung Fremdsprachen werden alle zwei Jahre vom Akademischen Senat bestellt, die Studierenden werden einmal jährlich durch die studentischen AS-Mitglieder nominiert und vom Akademischen Senat bestellt. Der /die für Studium und Lehre zuständige Vizepräsident*in, die Frauenbeauftragte und die Vertrauensperson der Schwerbehinderten können an den Sitzungen der Kommission für Evaluation mit Rede- und Antragsrecht teilnehmen.

(6) Das bei der Hochschulleitung eingerichtete ZR HE&QM dient als Service- und Beratungsstelle in allen Angelegenheiten des Qualitätsmanagements.

B: Verfahren der Qualitätssicherung

§ 5 Einhaltung der Rahmenvorgaben

(1) Die Einhaltung der verbindlichen externen Rahmenvorgaben und die Beachtung von Standards und Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Studium und Lehre liegt in der gemeinsamen Verantwortung aller am Qualitätsmanagement Beteiligten. In der Verantwortung des für Studium und Lehre zuständigen Vizepräsidenten bzw. der für Studium und Lehre zuständigen Vizepräsidentin liegt es, Änderungen in den verbindlichen externen Vorgaben zu verfolgen und darüber hochschulintern, insbesondere die gemäß § 4 verantwortlichen Stellen, zu informieren, Anpassungserfordernisse zu identifizieren sowie die daraus resultierenden Anpassungsprozesse zu begleiten.

(2) Das ZR HE&QM wirkt auf die zeitnahe Anpassung der Ordnungen an veränderte Rahmenvorgaben hin. Es überprüft die Entwürfe der Fachbereiche bzw. Studiengänge auf ihre Konformität mit diesen Vorgaben und, soweit erforderlich, auch den Kapazitätsbedarf. Für diesen Prüfvorgang legen die Dekanate oder die Studiengangsprecher*innen die notwendigen Dokumente vor, insbesondere die betroffenen Ordnungen und Modulbeschreibungen sowie die Änderungsvorschläge mit einer kurzen Begründung und die gegebenenfalls geänderten oder neu erstellten Lehrexport- und -importverflechtungen. Das ZR HE&QM achtet ferner darauf, dass die Modulbeschreibungen gegebenenfalls angepasst und in der Moduldatenbank veröffentlicht werden. Klärungsbedürftige Rechtsfragen werden der Rechtsstelle der HTW Berlin zur Prüfung vorgelegt.

(3) Die Studiengangsprecher*innen planen das semesterbezogene Inkrafttreten von neuen oder geänderten Ordnungen so, dass alle Beschlussgremien im Verfahren rechtzeitig beteiligt werden können. Die Ordnungen sind in abschließend bestätigter und veröffentlichter Form den für die Lehrplanung Verantwortlichen in den Fachbereichen, dem ZbwS und der Zentraleinrichtung Fremdsprachen, dem Hochschulrechenzentrum, dem Studierendenservice und der Allgemeinen Studienberatung spätestens fünf Monate vor Inkrafttreten vorzulegen. Ordnungen für den Studienzugang bzw. die Studienzulassung müssen der Allgemeinen Studienberatung und dem Studierendenservice mindestens sechs Wochen vor Beginn des Bewerbungszeitraums für das gewünschte Startsemester vorliegen.

§ 6 Interne Evaluation I: Hochschulstatistische Kennzahlen und Studiengangsmonitoring

(1) Die Aufbereitung und Bereitstellung von Hochschulstatistiken im Bereich Studium erfolgt für alle Studiengänge und Fachbereiche im ZR HE&QM auf Basis einer Business Intelligence Software zweimal im Jahr zeitnah zur Meldung der Daten an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Darüber hinaus steht den Studiengängen ein kohortenbasiertes Monitoring zu den Studierendendaten für die Studiengangentwicklung zur Verfügung. Für die Studiengangentwicklung werden stichtags- und tagesaktuelle Daten des Campus-Management-Systems und Ergebnisse aus Befragungen im Rahmen des Student Life Cycle aufbereitet und nach einem Rollen-Rechte-Konzept den Mitgliedern der Hochschulleitung und der Dekanate, den Studiengangsprecher*innen und anderen hauptamtlich Beschäftigten im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung sowie der Verwaltung zur Verfügung gestellt. Gegenstand des Monitorings sind die in § 3 genannten QM-Ziele sowie die Verbesserung der Studierbarkeit. Entsprechend werden unterschiedliche Auswertungsarten und Kennziffern zur Verfügung gestellt. In den Statistik- und Monitoringbereichen werden grundsätzlich Auswertungen zu Gender- und Diversity-Aspekten einbezogen.

(2) Im Bewerbungs- und Zulassungszeitraum werden durch den Studierendenservice den Dekanaten, Studiengangsprecher*innen, Leiter*innen aller Struktureinheiten und der Hochschulleitung in kurzen Abständen Statistiken zum Fortgang des Bewerbungs- und Immatrikulationsgeschehens zur Verfügung gestellt.

§ 7 Interne Evaluation II: Befragungen

(1) Folgende regelmäßige Befragungen werden an der HTW Berlin durchgeführt:

a) Studierendenbefragungen:

- Erstsemesterbefragungen,
- Lehrveranstaltungs- und modulbezogene Befragungen,
- studiengangsbezogene Befragungen,
- hochschulbezogene Befragungen,

b) Absolvent*innenbefragungen.

Die Studierendenbefragungen sollen insbesondere ermitteln, ob der Studieneinstieg und die angebotenen flankierenden Maßnahmen geeignet sind, zum Studium zu motivieren und das erste Semester zu bewältigen; ob Module, Lehrveranstaltungen und Prüfungen im Einklang mit den Modulbeschreibungen stehen; welche Stärken und/oder Schwächen die einzelnen Lehrveranstaltungen und Prüfungen aufweisen; ob die Lehrveranstaltungen und das Studium den Bedürfnissen von Studierenden in besonderen Lebenssituationen angemessen Rechnung tragen; wie das Serviceangebot der Hochschule bewertet wird. Die Absolvent*innenbefragungen dienen insbesondere der Überprüfung des Curriculums und der Effektivität des Studiums im Hinblick auf den Berufseinstieg oder ein weiterführendes Studium. Zusätzliche Lehrkräftebefragungen dienen der Beurteilung der Arbeitsbedingungen im Bereich Lehre.

(2) Erstsemester werden hochschulweit in allen Studiengängen alle vier Jahre in einem Sommer- und darauffolgenden Wintersemester befragt. Lehrveranstaltungsbezogene Studierendenbefragungen werden regelmäßig zeitlich gestaffelt für alle Lehrveranstaltungen eines Fachbereichs, das ZbwS und die Zentraleinrichtung Fremdsprachen innerhalb eines Zeitraumes von drei Semestern durchgeführt. Studiengangs- und hochschulbezogene Studierendenbefragungen und Absolvent*innenbefragungen werden mindestens alle vier Jahre durchgeführt. Lehrkräftebefragungen erfolgen anlassbezogen.

(3) Weitere Befragungen können von den Fachbereichen sowie von anderen Organisationseinheiten durchgeführt werden. Dekanate oder Studiengangsprecher*innen können im Bereich Lehre insbesondere Einzelevaluationen festlegen. Studiengangsprecher*innen treffen derartige Festlegungen im Einvernehmen mit dem Dekanat des /der zu Evaluierenden. Über entsprechende Vorhaben ist das ZR HE&QM zu informieren. Die in § 13 dieser Grundsätze ausgeführten datenschutzrechtlichen Bestimmungen gemäß EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) sind einzuhalten.

§ 8 Interne Evaluation III: Kommunikative Formate

Die Fachbereiche und das ZbwS legen für den Fachbereich bzw. das Zentrum und jeden Studiengang qualitative Kommunikationsformate für den Meinungsaustausch zwischen und unter den Lehrenden und den Studierenden fest. Für die Studiengänge, die durch das ZbwS betreut werden, erfolgt diese Festlegung durch die Studiengänge in Abstimmung mit den Fachbereichen und der Leitung des ZbwS. Die Studiengänge stellen in Abstimmung mit den Fachbereichen insbesondere sicher, dass die regel-

mäßige Kommunikation mit den Studierenden gewährleistet wird. Als qualitative Kommunikationsformate kommen auf Fachbereichsebene insbesondere Professorien/Kollegien, Feedbackrunden mit Studierenden oder Beratungen mit studentischen Semestersprecher*innen in Betracht, auf Studiengangsebene insbesondere Fachgruppentreffen, Studiengangskonferenzen oder -treffen, Feedbackrunden mit Studierenden oder Beratungen mit studentischen Semestersprecher*innen. Über die Ergebnisse dieser Veranstaltungen berichten die Studiengänge im Rahmen der externen Feedbackformate gemäß § 9 und in den Grundlegenden Bestandsaufnahmen.

§ 9 Externe Evaluation

(1) Zu den Formen externer Evaluation gehören für die HTW Berlin

a) Benchmarkings, Rankings und externe Auszeichnungen,

b) das qualitative externe Feedback im Rahmen von Beiräten, Hochschulverbünden, Peerevaluationen oder Programmakkreditierungs- oder zertifizierungsverfahren und

c) das Verfahren der Systemakkreditierung nach Maßgabe der Richtlinien des deutschen Akkreditierungsrates.

(2) Die Fachbereichsräte regeln zu Absatz 1 Buchstabe b, wie eine regelmäßige Einbeziehung externen Sachverstandes in die Selbstevaluation ihrer Studiengänge sichergestellt wird. Durch entsprechende Ratsbeschlüsse wird insbesondere die Form der externen Begutachtung, der Turnus des jeweiligen Feedbacks, die Zusammensetzung der einzurichtenden Gremien oder Gutachtergruppen in Bezug auf Wissenschaftlichkeit und Praxisorientierung und die Form der Auswertung und Veröffentlichung der Ergebnisse festgelegt. Es steht den Fachbereichen frei, den Beschluss gemäß Satz 2 um fachbereichs- oder studiengangsbezogene Verfahren und Instrumente der §§ 6 bis 8 zu erweitern.

(3) Den Studiengängen stehen zu Abs. 2 folgende Evaluationsverfahren zur Verfügung:

a) die Einrichtung eines ständigen Beirates mit Vertreter*innen der Berufspraxis des Studiengangs und/oder aus der Wissenschaft (Beratungsturnus mindestens alle zwei Jahre) oder

b) die Veranlassung einer externen Evaluation über eine Akkreditierungsagentur oder sonstige fachlich anerkannte externe Evaluationsverfahren, in Abstimmung mit dem Dekanat.

Für die Grundlegende Bestandsaufnahme gemäß § 12 ist bei der Zusammensetzung der dafür herangezogenen Gutachtergruppe darauf zu achten, dass jeweils mindestens zwei externe Wissenschaftsvertreter*innen, mindestens ein*e Praxisvertreter*in und mindestens ein*e hochschulexterne*r Student*in beteiligt werden. Vertreter*innen aus der Wissenschaft müssen die Mehrheit der Gutachtergruppe stellen. Werden Beiräte gemäß Abs. 3 Buchstabe a) herangezogen, so sind sie personell ggf. anlassbezogen entsprechend zu verstärken. Dabei ist eine geschlechterparitätische Zusammensetzung anzustreben. Mehrere fachnahe Studiengänge eines Fachbereiches oder mehrerer Fachbereiche können sich übergreifend für einen gemeinsamen Beirat entscheiden. Andere als die vorgenannten externen Evaluationsverfahren sind zulässig, sofern sie sich an den Intentionen der zuvor genannten Verfahren orientieren.

§ 10 Grundsätze der Zusammenarbeit mit Beiräten

(1) Ein ständiger Beirat soll den Studiengang/die Studiengänge bei der Verfolgung seiner/ihrer Ziele mit kritischem Blick von außen begleiten und fördern. Er fungiert als Beratungsgremium. Dem Beirat kommt dabei insbesondere die Aufgabe zu, Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Studienangebots auszusprechen.

(2) Der Beirat setzt sich aus externen Wissenschafts- und/oder Praxisvertreter*innen zusammen, die aufgrund ihrer wissenschaftlichen oder berufspraktischen Stellung über Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, die sie in die Lage versetzen, die in Abs. 1 beschriebenen Aufgaben wahrzunehmen. Hinzu kommen Vertreter*innen des begleiteten Studiengangs bzw. der begleiteten Studiengänge. Die Anzahl der Mitglieder soll fünf Personen nicht unterschreiten.

(3) Die Mitglieder eines Beirats werden auf Vorschlag des Studiengangssprecher bzw. der Studiengangsprecherin durch den Fachbereichsrat bestellt. Die Bestellung erfolgt in der Regel für drei Jahre. Eine erneute Bestellung ist zweimal möglich. Die Beiratsmitglieder sind ehrenamtlich tätig. Eine Aufwandsentschädigung kann nur für nachgewiesene Reisekosten im Rahmen der Beiratssitzungen nach Maßgabe des Bundesreisekostengesetzes gewährt werden.

(4) Der Beirat kann mit einfacher Mehrheit auf Vorschlag des Studiengangsprechers bzw. der Studiengangsprecherin eine*n Vorsitzende*n sowie eine*n stellvertretende*n Vorsitzende*n wählen. Der/Die Vorsitzende soll dem Kreis der externen Mitglieder angehören.

(5) Der Beirat tagt mindestens alle zwei Jahre. Die Sitzungen finden in der Regel in den Räumlichkeiten der HTW Berlin statt. Den nicht regional ansässigen Mitgliedern kann eine Teilnahme über synchrone Übertragungsmedien (z. B. Videokonferenz) ermöglicht werden. Der/Die Studiengangsprecher*in lädt spätestens drei Monate vor dem Sitzungstermin zu den Sitzungen des Beirats ein.

(6) Der Beirat fasst Beschlüsse zu Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Studiengangs/der Studiengänge. Stimmberechtigt sind die externen Mitglieder des Beirats. Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Eine Empfehlung ist angenommen, wenn dieser mehr als die Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder zustimmt. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt. Die Entscheidung über die Umsetzung von Empfehlungen des Beirats liegt beim zuständigen Fachbereichsrat.

(7) Über die Sitzung des Beirats wird ein Protokoll angefertigt. Das Protokoll muss Tag, Zeit und Ort der Sitzung, die Namen der anwesenden Mitglieder, die behandelten Gegenstände und die beschlossenen Empfehlungen enthalten. Der Protokollentwurf wird vom Beirat nach Möglichkeit zeitnah im Umlaufverfahren genehmigt. Die Protokolle sind für alle Professor*innen des begleiteten Studienganges bzw. der begleiteten Studiengänge sowie für das zuständige Dekanat zugänglich zu machen. Die Protokolle und die dort festgehaltenen Empfehlungen sind in die Grundlegende Bestandsaufnahme gemäß § 12 GQSL einzubeziehen.

(8) Die Beiratsmitglieder und Gäste der Beiratssitzungen sind zur Verschwiegenheit gegenüber Dritten verpflichtet.

§ 11 Laufende Qualitätssicherung

Die Hochschulleitung bespricht mit den Dekanaten und den Leitungen des ZbwS sowie der Zentraleinrichtung Fremdsprachen die jeweiligen Vorhaben, um Handlungserfordernisse zu erkennen und daraus ggf. konkrete Ziele und Maßnahmen für ihre Zielvereinbarungen abzuleiten. Die Dekanate und/oder die Hochschulleitung können darüber hinaus in Reaktion auf die Ergebnisse der laufenden Evaluationsverfahren gemäß § 6 bis § 10 ggf. auch die Studiengangsprecher*innen einzelner Studiengänge zu entsprechenden Gesprächen einladen. Die Ergebnisse dieser Gespräche sind zu protokollieren und spätestens nach einem Jahr zu überprüfen.

§ 12 Grundlegende Bestandsaufnahme

(1) Jeder Studiengang wird alle 12 bis 16 Semester einer Grundlegenden Bestandsaufnahme unterzogen. Für diese Revision wird mit den Dekanaten und dem für Studium und Lehre zuständigen Vizepräsidenten bzw. der für Studium und Lehre zuständigen Vizepräsidentin für alle Studiengänge ein Zeitplan mit Akkreditierungsfristen abgestimmt. Die Akkreditierungsfristen können in besonderen Ausnahmefällen von der Hochschulleitung um bis zu zwei Semester verlängert werden.

Zur Grundlegenden Bestandsaufnahme gehören:

- die zusammenfassende Berichterstattung hinsichtlich der Entwicklung des Studiengangs im Berichtszeitraum und der zwischenzeitlich erfolgten wesentlichen Maßnahmen und Ergebnisse der Qualitätssicherung und -verbesserung,
- die Überprüfung der Aktualität aller Studiengangsdokumente und der Einhaltung verbindlicher Rahmenvorgaben sowie
- gegebenenfalls die Neufestlegung der zu erreichenden (Lern-) Ziele, fachlichen Schwerpunkte und sonstigen Zielgrößen in der nächsten Bestandsperiode.

(2) Die Verfahrensdokumentation mit Studiengangsbericht, Protokoll und Empfehlungen der Peerberatung sowie der Stellungnahme des Studiengangs und des Dekanats dazu sind im Fachbereichsrat zu beschließen und zur Bestätigung der Hochschulleitung vorzulegen. Der Fachbereichsrat entscheidet über die Akkreditierungsfähigkeit des Studiengangs, die Hochschulleitung beschließt über die Akkreditierung. Akkreditierungen können mit oder ohne Empfehlungen und/oder Auflagen ausgesprochen werden, wobei Auflagen innerhalb von drei bis zwölf Monaten umzusetzen sind. Bei erheblichen Mängeln kann die Akkreditierung entzogen und die Wiederaufnahme des Verfahrens innerhalb eines Jahres festgesetzt oder eine externe Programmakkreditierung beauftragt werden. Die Dekanate und/oder die Hochschulleitung können Studiengangsprecher*innen zu Qualitätssicherungsgesprächen über die Ergebnisse der Bestandsaufnahme einladen.

(3) Bei Nichteinhaltung der Frist oder nicht ausreichender Nachbesserung kann ein externes Programmakkreditierungsverfahren für den Studiengang zu Lasten des Fachbereichs durch die Hochschulleitung und/oder das Dekanat in Auftrag gegeben werden.

(4) Im Rahmen der Grundlegenden Bestandsaufnahme bewertet die Gutachtergruppe die fachlich-inhaltlichen Qualitätskriterien für Studiengänge laut Studienakkreditierungsverordnung Berlin (BlnStudAkkV) in Verbindung mit einem Qualitätsbericht. Das ZR HE&QM prüft die Einhaltung der formalen Qualitätskriterien gemäß BlnStudAkkV. Der Qualitätsbericht wird durch die Hochschulleitung beschlossen und in der Datenbank des Akkreditierungsrates veröffentlicht.

(5) Für neu einzurichtende Studiengänge erfolgt die hochschulinterne Akkreditierung des Studiengangs auf der Basis des ordnungsgemäß durchlaufenen Verfahrens zur Einrichtung von Studiengängen nach Vorliegen der Einrichtungsbestätigung durch die Berliner Wissenschaftsverwaltung und nach Abschluss des ordnungsgemäßen Clearingverfahrens für die Studiengangsordnungen im Sinne einer Konzeptakkreditierung. Für die Konzeptakkreditierung wird analog zur Grundlegenden Bestandsaufnahme eine Gutachtergruppe gemäß § 9 Abs. 3 Sätze 2 und 3 einberufen, die die fachlich-inhaltlichen Kriterien laut BlnStudAkkV in Verbindung mit einem Qualitätsbericht bewertet. Die Peergroup kann einvernehmlich auf eine Begehung verzichten. Der Akkreditierungszeitraum beginnt mit dem Beginn des Semesters, in dem der Studiengang erstmalig angeboten wird, spätestens aber mit dem Beginn des zweiten auf die Bekanntgabe der Akkreditierungsentscheidung folgenden Semesters. Die Beschlussfassung und Festlegung der Akkreditierungsdauer erfolgen durch die Hochschulleitung. Abweichend zu Abs. 1 Satz 1 kann eine kürzere Akkreditierungsdauer bei der Konzeptakkreditierung eines Studiengangs festgelegt werden, wobei 8 Semester nicht unterschritten werden sollen.

(6) Wird ein Studiengang während eines Akkreditierungszeitraums wesentlich geändert, ist analog Abs. 5 Sätze 2 und 3 zu verfahren. Die Änderung eines Studiengangs ist wesentlich, wenn sich die Studiengangsziele und das Absolvent*innenprofil maßgeblich ändern und eine inhaltliche Neuausrichtung erfahren. Die Einführung neuer Studiengangsvertiefungen gilt als wesentliche Änderung, wenn sich dadurch das Profil des Studiengangs maßgeblich ändert. Eine Studiengangsänderung ist auch dann wesentlich, wenn die Studiendauer, die Anzahl der zu erwerbenden Leistungspunkte und/oder die Studienform geändert werden. Eine Änderung der Aufnahmekapazität allein stellt keine wesentliche Änderung dar. Die Begutachtung einer wesentlichen Änderung eines Studiengangs kann zu Auflagen oder der Aberkennung der Akkreditierung führen; die ursprüngliche Akkreditierungsdauer bleibt im Übrigen unberührt.

(7) Für zu schließende und damit auslaufende Studiengänge kann bei Ablauf der Geltungsfrist der Grundlegenden Bestandsaufnahme die Geltungsdauer verlängert werden. Grundlage für die Verlängerung der Frist ist die Schließung des Studiengangs per Aufhebungsbeschluss durch die HTW-Gremien oder die geplante Aufhebung des Studiengangs, sofern keine neuen Immatrikulationsjahrgänge aufgenommen werden. Die Verlängerung ist zeitlich auf höchstens vier Semester nach Ablauf des letzten Regelstudienzeitsemesters zu begrenzen. Die laufenden Qualitätssicherungsmaßnahmen gemäß diesen Grundsätzen sind bis zum Ende des letzten Regelstudienzeitsemesters und ggf. darüber hinaus fortzuführen (§§ 6 bis 9).

§ 13 Erhebung, Verarbeitung, Speicherung der Daten und Weitergabe der Ergebnisse

(1) Das ZR HE&QM darf im Rahmen der hochschulstatistischen Kennzahlen und des Studiengangsmontorings gemäß § 6 und von Befragungen gemäß § 7 Daten erheben, auswerten, speichern und im

Rahmen der Vorgaben dieser Grundsätze veröffentlichen. Die Erhebung dieser Daten dient allein der Qualitätssicherung und Verbesserung von Studium und Lehre.

(2) Die Lehrenden sind zur Mitwirkung an den lehr- und modulbezogenen Evaluationen gemäß § 7 Abs. 1 und 3 verpflichtet. Bei veranlassten Einzelevaluationen erhalten der oder die Evaluierte und der oder die Auftraggeber*in der Evaluation die Ergebnisse.

(3) Die Studierenden sind zur Teilnahme an Umfragen nicht verpflichtet.

(4) Im Rahmen der Befragungen erfolgt eine vollständige Aufklärung der Befragten über den Zweck der Datenerhebung, die beabsichtigte Art der Weiterverarbeitung und Datenspeicherung sowie über den Empfängerkreis bzw. die Veröffentlichung der Ergebnisse. Die Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) sind einzuhalten.

(5) Die zentral erhobenen Evaluationsergebnisse sind zeitnah vom ZR HE&QM auszuwerten und zur Verfügung zu stellen. Darüber hinausgehende personenbezogen vergleichende Auswertungen (z.B. in der Lehrevaluation) werden ausschließlich den jeweiligen Dekanaten, Studiengangsprecher*innen und Modulbeauftragten im Rahmen ihrer Zuständigkeit, für berufsbegleitende und Fernstudiengänge sowie weiterbildende Masterstudiengänge der Leitung des ZbwS und für die Fremdsprachen der Leitung der Zentraleinrichtung Fremdsprachen zur Verfügung gestellt, sofern der Rücklauf für eine Lehrveranstaltung fünf ausgefüllte Fragebögen nicht unterschreitet. Einzelne Mitarbeiter*innen des Dekanats, Fachbereichs oder ZbwS, die spezielle Aufgaben im Rahmen des Qualitätsmanagements zur Unterstützung der Studiengangsentwicklung für einen oder mehrere Studiengänge des Fachbereichs wahrnehmen, können vom Dekanat oder der Leitung des ZbwS befristet oder dauerhaft Rechte gemäß Satz 6 übertragen werden. Diese Übertragung zusätzlicher Rechte ist eng zu begrenzen und schriftlich zu dokumentieren.

Darüber hinaus erfolgt HTW-intern die Übergabe personenbezogen vergleichender Auswertungen für einzelne Professor*innen im Rahmen der W-Besoldung an die entsprechende Kommission und deren Geschäftsstelle und für die Vergabe des Preises für gute Lehre an die Hochschulleitung.

Außer für die Lehrenden selbst und übergebene Daten im Rahmen der W-Besoldung gilt, dass personenbezogen vergleichende Auswertungen spätestens drei Jahre nach Empfang zu löschen oder zu vernichten sind.

(6) Die dezentral erhobenen Evaluationsergebnisse sind in den Fachbereichen für die Dekanate, Studiengangsprecher*innen, Professor*innen und anderen Lehrkräfte aufzubereiten und in geeigneter Form zeitnah zur Verfügung zu stellen. Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.

(7) Personenbezogene Daten dürfen bei der Evaluierung nur verarbeitet werden, soweit es für den Evaluationszweck erforderlich ist und die datenschutzrechtlichen Bestimmungen im Rahmen der Informationspflichten der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) eingehalten werden. Adress(Mail-)verteiler der Befragten sind sechs Monate nach Abschluss der Befragung zu löschen; Adress(Mail-)verteiler der Lehrenden aus der Lehrveranstaltungsevaluation und die Ergebnisse dieser Evaluation sind spätestens nach sechs Jahren zu löschen. Die erhobenen Daten aller anderen Befragungen werden zehn Jahre nach der Erhebung gelöscht. Fragebögen in Papierform werden nach zwei Jahren vernichtet. Für die Einhaltung der Bestimmungen ist der/die zuständige Leiter*in der jeweils Daten erhebenden oder empfangenden Organisationseinheit verantwortlich.

(8) Sollen im Rahmen des Studiengangsmonitorings personengebundene Daten aus den Datenbanken des Campusmanagements ausgewertet werden, so darf dieses nur eng abgrenzbare Anwendungsfälle betreffen. Dazu gehören ausschließlich Anwendungsfälle, die entweder eine wesentliche Arbeitserleichterung definierter Aufgaben in den Fachbereichsverwaltungen, dem ZbwS oder der Zentraleinrichtung Fremdsprachen beinhalten oder die einem Frühwarnsystem zur Unterstützung des Studienerfolgs einzelner Studierender dienen für Prüfungsausschüsse oder Studienfachberatungen. Derartige Anwendungsfälle bedürfen eines Rollen-Rechte-Konzepts, welches einer gesonderten Freigabe durch den oder die Datenschutzbeauftragte der HTW Berlin bedarf.

(9) Nach Art. 15 EU-DSGVO besteht ein Anspruch auf kostenlose Auskunft darüber, ob personenbezogene Daten der eigenen Person verarbeitet werden, und wenn ja, um welche personenbezogenen Daten es sich hierbei handelt. Sind die Daten unvollständig oder nicht korrekt, besteht ein Anspruch auf Berichtigung (Art. 16 EU-DSGVO). Darüber hinaus sichert Art. 17 EU-DSGVO das Recht auf Löschung, wenn der Grund der Verarbeitung weggefallen ist, bzw. wenn dem keine gesetzliche Regelung (z. B. Aufbewahrungspflichten) entgegensteht. Außerdem bestehen ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 EU-DSGVO) und ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 EU-DSGVO). Nach Art. 21 EU-DSGVO kann aus Gründen einer besonderen persönlichen Situation das Recht auf Widerspruch gegen eine ansonsten legale Verarbeitung von personenbezogenen Daten bestehen.

(10) Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, vertreten durch den Präsidenten bzw. die Präsidentin (E-Mail: Praesident@htw-berlin.de) bzw. der/die behördliche Datenschutzbeauftragte. Es besteht zudem das Recht zur Beschwerde bei der für die HTW Berlin zuständigen Aufsichtsbehörde, wenn Zweifel an der Verarbeitung der betreffenden Daten bestehen: Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de).

§ 14 Regelmäßige Information der zentralen Hochschulgremien, der Öffentlichkeit und des Landes Berlin

(1) Mindestens einmal jährlich berichtet die Hochschulleitung dem Kuratorium, dem Akademischen Senat, im Koordinierungskreis und im Rahmen einer erweiterten Hochschulleitungssitzung über die Ergebnisse der hochschulweiten Evaluationsmaßnahmen gemäß §§ 6-9.

(2) Die Fachbereiche, das ZbwS und die Zentraleinrichtung Fremdsprachen berichten der Hochschulleitung jedes Jahr in Form einer Vorhabenplanung über den erreichten Status sowie über die anstehenden Vorhaben im Bereich Studium und Lehre.

(3) Die Hochschulleitung bündelt die einschlägigen Informationen aus den verschiedenen Organisationseinheiten alle zwei Jahre zu einem Bericht an das Kuratorium. In die Verantwortung der Hochschulleitung fallen darüber hinaus die Veröffentlichung hochschulweiter Evaluationsergebnisse und die Berichterstattung gegenüber dem Land.

C: Schlussbestimmungen

§ 15 In-Kraft-Treten/Veröffentlichung/Außer-Kraft-Treten

(1) Diese Ordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtlichen Mitteilungsblatt der HTW Berlin in Kraft. Gleichzeitig treten die Grundsätze für die Qualitätssicherung im Bereich Studium und Lehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (GQSL) vom 28. Januar 2013 (AMBl. HTW Berlin Nr. 10/13.), zuletzt geändert am 11. Juni 2018 (AMBl. HTW Berlin Nr. 20/18), außer Kraft.

(2) Für die Umstellung von Peergroups auf Beiräte, die Bestellung der Beiratsmitglieder durch den Fachbereichsrat und eine erste Beiratssitzung gemäß § 9 Absatz 3 und § 10 Absätze 3 und 5 gilt eine Übergangsfrist bis zum 31. März 2025.

HOCHSCHULE FÜR TECHNIK UND WIRTSCHAFT BERLIN

Principles for Quality Assurance in the Field of Studies and Teaching at the Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (PQAST)

On the basis of § 12, para. 1, sentence 1, no. 2 of the revised version of the Statutes of the Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW Berlin) regarding deviations from the regulations set out in the Berlin Higher Education Act (Berliner Hochschulgesetz, henceforth abbreviated to 'BerlHG') (HTW Berlin Official Information Circular No. 29/09) in connection with § 8 of the BerlHG in the edition from the 26th of July 2011 (Law and Official Gazette p. 379), last legally amended on the 5th of July 2022 (Law and Official Gazette p. 450), the Academic Senate passed the revised version of the following regulation on the 6th of February 2023[1]:

Regulation Contents

§ 1 Application and Scope ... 173
§ 2 Quality Objectives in the Field of Studies and Teaching ... 173
§ 3 Quality Management Objectives in the Field of Studies and Teaching ... 174
§ 4 Responsibilities ... 174
§ 5 Compliance with the Framework Specifications ... 175
§ 6 Internal Evaluation I: University Statistics and Monitoring of Degree Programmes ... 176
§ 7 Internal Evaluation II: Surveys ... 177
§ 8 Internal Evaluation III: Communicative Formats ... 177
§ 9 External Evaluation ... 178
§ 10 Principles of Cooperation with Advisory Boards ... 179
§ 11 Ongoing Quality Assurance ... 180
§ 12 Baseline Review ... 180
§ 13 Collection, Processing and Storage of Data; Dissemination of Results ... 182
§ 14 Regular Information of the Central University Bodies, the Public and the State of Berlin ... 183
§ 15 Entry into Force/Publication/Expiry ... 184

[1] Confirmed by the University Board of the Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin on the 15th of February 2023. (Only the original German version is binding).

A: General Information

§ 1 Application and Scope

(1) The Principles for Quality Assurance in the Field of Studies and Teaching at the Berlin University of Applied Sciences (HTW Berlin), hereinafter abbreviated to PQAST, shall hereby supplement the Statutes of HTW Berlin, the University Regulations (HO), the Study and Examination Framework Regulations (RStPO), the Appointment Regulations of HTW Berlin and the Study and Examination Regulations of the Bachelor's and Master's degree programmes at HTW Berlin.

(2) Individual faculties shall be obliged to pass appropriate resolutions in instances in which the aforementioned Principles require faculty-specific substantiation and further specification. These require confirmation by the University Board, and are to be made known to university members by way of publication. The University Board may call for a vote in the Academic Senate prior to its decision.

(3) All regulations pertaining to faculties or the Deans' offices listed as part of these Principles shall apply accordingly – as far as applicable – to the Division of Continuing Education (ZbwS) and to the Foreign Languages Centre and their respective management teams.

(4) Separate equivalent regulations may be made for cooperative degree programmes. The cooperative degree programmes are subject to programme (re-)accreditation at the intervals specified for this purpose, unless the partner university is also systemically accredited or has other proof of systemic certification in accordance with the requirements of the Accreditation Board. Any decisions regarding sentence 2, above, shall be made by the responsible Dean's office in consultation with the University Board.

§ 2 Quality Objectives in the Field of Studies and Teaching

(1) HTW Berlin's understanding of quality and its general quality standards encompass both the quality of the results of and the quality of the processes implemented within the context of studies and teaching at the institution. Study programmes are designed to

- meet the qualitative and quantitative targets set in an effective, efficient manner,
- meet the current standards of good teaching and research,
- support the effective development of subject-specific and interdisciplinary academic skills while offering options for individual profile development,
- contribute, furthermore, to general personal development,
- produce occupational skills and generally strengthen earning capacity,
- facilitate a sound start in gainful employment or a subsequent qualification,
- ensure equal opportunities through transparent, fair procedures and individual support as well as
- provide excellent service in the realms of administration and counselling.

(2) As a University of Applied Sciences, the degree programmes at HTW Berlin are aimed primarily at developing practice-oriented, i.e. action-, decision- and solution-oriented - as well as socially responsible academic skills. In doing so, the degree programmes also promote the development of interdisciplinary skills, with particular emphasis placed on foreign language, intercultural and interdisciplinary skills as well as the acquisition of skills in the fields of sustainability, gender and diversity. The learning objectives are specified for each subject and degree programme in the Study and Examination Regulations and module descriptions.

(3) The Study and Examination Regulations, the HTW campus management system and a comprehensive range of services ensure the possibility of studying without delays caused by the University. They concurrently support a high degree of individual autonomy, which, on the one hand, gives students room to develop their individual profiles and, on the other, makes it easier for them to combine their studies with other commitments (family, voluntary work, the financial need to work).

§ 3 Quality Management Objectives in the Field of Studies and Teaching

Quality management in the field of studies and teaching at HTW Berlin comprises all measures pertaining to quality planning (definition of quality objectives and measures adopted to achieve the same), quality assurance (evaluation and monitoring of compliance with specifications) and quality improvement (deficit and potential analyses and, if necessary, adjustments to objectives). Quality management at HTW Berlin should, accordingly,

- help to determine the extent to which the specified and self-imposed objectives in the field of studies and teaching are being achieved and whether the respective objectives are still up-to-date, this effectively and unbureaucratically,
- thus justify and consolidate university autonomy,
- promote, moreover, the further professionalisation of the planning, administration and service-related processes of the University and thus

create improved framework conditions for good teaching and successful studies.

§ 4 Responsibilities

(1) Securing and improving study quality shall be the task of every member of the University. The responsibility for quality management in the field of studies and teaching lies with the University Board, the Deans' offices and programme representatives as well as with the management teams within the Division of Continuing Education (ZbwS) and the Foreign Languages Centre.

(2) It is the task of the University Board to further develop the university-wide quality management system and to ensure and support its effective and efficient use. The University Board, in cooperation with the responsible committees of academic self-administration, shall draw conclusions from the

findings of the quality assurance measures for the University as a whole with regard to programme development, resource allocation and the University's own framework conditions.

(3) The faculties, the Division of Continuing Education (ZbwS) and the Foreign Languages Centre shall be responsible for implementing the quality assurance and quality improvement measures determined by them within the framework of these Principles. The respective Deans shall bear overall responsibility within the faculties, while the Vice-Deans are usually responsible for specific individual measures.

(4) At programme level, responsibility for quality management lies with the programme representatives. Further details are set out in the Faculty Regulations of HTW Berlin on the duties and competences of programme representatives.

(5) The Evaluation Committee established within the Academic Senate shall advise the Academic Senate on the further development of quality management and the university-wide coordination of evaluation measures (in particular surveys and key indicator analyses). The members of the Evaluation Committee are as follows:

- the members of the Dean's office responsible for studies and teaching,
- the Evaluation Officer of the Office for University Development and Quality Management (ZR HE&QM),
- one academic representative from the Foreign Languages Centre,
- one representative from the Division of Continuing Education (ZbwS) and
- three students.

The representatives from the Division of Continuing Education (ZbwS) and the Foreign Languages Centre are appointed every two years by the Academic Senate, and the students are nominated once a year by the student AS members and appointed by the Academic Senate. The Vice-President responsible for studies and teaching, the Equal Opportunities Officer for Women and the Disability Representative may participate in the meetings of the Evaluation Committee and are endowed with the right to speak and table motions.

(6) The Office for University Development and Quality Management (ZR HE&QM) established by the University Board shall serve as a service and advisory facility in all matters of quality management.

B: Quality Assurance Procedures

§ 5 Compliance with the Framework Specifications

(1) Compliance with the mandatory external framework specifications and the observance of standards and recommendations for the further development of studies and teaching is the joint responsibility of all those involved in the field of quality management. The Vice-President responsible for studies and teaching is required to monitor changes in the mandatory external requirements and to inform the University, in particular the offices responsible according to § 4, of these, to identify required adjustments and to accompany the resulting adjustment processes.

(2) The Office for University Development and Quality Management (ZR HE&QM) shall ensure the timely revision of the regulations in line with amended framework specifications. It shall review the drafts submitted by the faculties or degree programmes for their conformity with these specifications including, where necessary, the capacity requirements. The Deans' offices or programme representatives shall submit the necessary documents as part of this review process, in particular the affected regulations and module descriptions as well as the proposed changes with a brief justification and, if applicable, the modified or newly created teaching export and import links. The Office for University Development and Quality Management (ZR HE&QM) shall also ensure that the module descriptions are revised where necessary and published in the module database. Legal questions requiring clarification shall be submitted to HTW Berlin's legal department for review.

(3) The programme representatives shall plan the semester-related entry into force of new or amended regulations in such a way that all decision-making bodies can be involved in the procedure in a timely manner. The regulations are to be submitted in their final confirmed and published form to the individuals responsible for course planning in the faculties, the Division of Continuing Education (ZbwS) and the Foreign Languages Centre, the Information Technology Centre, the Student Services Department and the General Student Advisory Service at least five months before they are due to come into force. Regulations related to programme admission must be submitted to the General Student Advisory Service and the Student Services Department at least six weeks before the start of the application period for the desired starting semester.

§ 6 Internal Evaluation I: University Statistics and Monitoring of Degree Programmes

(1) The preparation and provision of university statistics in the field of studies shall be carried out for all degree programmes and faculties in the Office for University Development and Quality Management (ZR HE&QM) using business intelligence software twice per annum, with the resulting data reported to the Berlin-Brandenburg Statistics Office in a punctual manner. Cohort-based monitoring of student data is additionally available to the degree programmes for purposes of programme development. In this context, data from the campus management system and results from surveys within the framework of the student life cycle are processed and made available to the members of the University Board and the Deans' offices, the programme representatives and other full-time employees affiliated to academic self-administration as well as the administration itself, this on the basis of a roles and rights concept. The QM objectives described in § 3, above, as well as the improvement of academic feasibility form the subject of said monitoring. Accordingly, different evaluation types and ratios are made available. Evaluations on aspects of gender and diversity form a key part of the aforementioned statistics and monitoring processes.

(2) During the application and admission period, statistics on the progress of the application and enrolment process shall be made available to the Deans' offices, programme representatives, heads of all structural units and the University Board by the Student Services Department at regular intervals.

§ 7 Internal Evaluation II: Surveys

(1) The following regular surveys are conducted at HTW Berlin:

a) Student surveys:

- surveys of first-year students,
- course- and module-related surveys,
- study programme-related surveys,
- university-related surveys,

b) Graduate surveys.

The student surveys are intended in particular to determine whether the start of their studies and the accompanying measures offered are suitable to motivate students to study and to cope with their first semesters; whether modules, courses and examinations conform with the module descriptions; what strengths and/or weaknesses the individual courses and examinations may exhibit; whether the courses and the degree programmes themselves take appropriate account of the needs of students with special circumstances, and how the services offered by the University are rated. The graduate surveys serve in particular to review the curriculum and the effectiveness of the degree programme with regard to career entry or further study. Additional teacher surveys serve to assess working conditions in the area of teaching.

(2) First-year students are surveyed across the University in all degree programmes every four years in one summer semester and the following winter semester. Course-related student surveys are conducted regularly on a staggered basis for all courses in a faculty, the Division of Continuing Education (ZbwS) and the Foreign Languages Centre within a period of three semesters. Degree programme and university-related student surveys and graduate surveys are conducted at least every four years. Teacher surveys are conducted on an ad hoc basis.

(3) Further surveys may be conducted by the faculties as well as by other organisational units. Deans' offices or programme representatives may determine individual assessments in the area of teaching. Programme representatives determine assessments of this nature in consultation with the Dean's office of the individual(s) to be assessed. The Office for University Development and Quality Management (ZR HE&QM) must be informed of any such assessments. The data protection provisions in accordance with the EU General Data Protection Regulation (EU-GDPR) set out in § 13 of these Principles must be complied with.

§ 8 Internal Evaluation III: Communicative Formats

The faculties and the Division of Continuing Education (ZbwS) shall determine qualitative communication formats for the faculty or centre and each degree programme for the exchange of opinions between and among teachers and students. For the degree programmes supervised by the Division of Continuing Education (ZbwS), said formats are determined by the degree programme management teams in consultation with the faculties and the management team of the Division of Continuing Education (ZbwS). In coordination with the faculties, the degree programme management teams shall, in

particular, ensure that regular communication with the students is guaranteed. At faculty level, qualitative communication formats include, in particular, sessions with professorial chairs/teaching staff and feedback sessions with students or meetings with student semester representatives; at degree programme level, they specifically include specialist group meetings, degree programme conferences or meetings, feedback sessions with students or meetings with student semester representatives. The degree programmes report on the results of these events within the framework of the external feedback formats pursuant to § 9 and as part of the basic inventories of degree programmes.

§ 9 External Evaluation

(1) Forms of external evaluation at HTW Berlin include

a) benchmarking processes, rankings and external awards,

b) qualitative external feedback within the framework of advisory boards, university networks, peer evaluations or programme accreditation or certification procedures, and

c) the system accreditation procedure in accordance with the guidelines issued by the German Accreditation Council.

(2) As regards para. 1, letter (b), above, the Faculty Councils shall regulate the manner in which the regular inclusion of external expertise in the self-evaluation of their degree programmes is guaranteed. The form of said external evaluation, the intervals at which the respective feedback is provided, the composition of the committees or expert groups to be established in terms of academic character and practical orientation, and the form of evaluation and publication of the results shall be determined, in particular, by corresponding Council resolutions. The faculties shall be free to extend the resolution pursuant to sentence 2 to include faculty- or degree programme-related procedures and instruments described in §§ 6 to 8, above.

(3) The following evaluation procedures are available to the degree programmes with regard to para. 2, above:

a) the establishment of a permanent advisory board with representatives from the professional field to which the degree programme pertains, and/or from academia (consultation cycle at least every two years) or

b) the arrangement of an external evaluation via an accreditation agency or other professionally recognised external evaluation procedures, this in consultation with the Dean’s office.

The composition of the expert group entrusted with the Baseline Review described in § 12, below, must include at least two external academic representatives, at least one representative from professional practice and at least one student from outside the University. Representatives from academia must make up the majority of the expert group. In the event that advisory boards are called upon in accordance with para. 3 letter (a), the number of members shall be increased accordingly as required on an ad hoc basis. In the process, the achievement of gender parity in terms of the composition must be a priority. Several subject-related degree programmes within a faculty or several faculties nay decide on the creation of a joint interdisciplinary advisory board. External evaluation procedures

other than those mentioned above are permissible, provided that they are oriented in line with the aforementioned procedures.

§ 10 Principles of Cooperation with Advisory Boards

(1) A permanent advisory board shall accompany and support the degree programme(s) in the pursuit of its/their objectives with a critical external view. It shall act as an advisory body. The main task of an advisory board is to make recommendations for the further development of the degree programmes.

(2) The advisory board shall be composed of external academic representatives and/or representatives from professional practice who, due to their academic or professional positions, have the requisite knowledge and experience that enable them to perform the tasks described in para. 1. Representatives of the supervised degree programme(s) are also members of the advisory board. The number of members shall not be less than five persons.

(3) The members of an advisory board shall be appointed by the Faculty Council, acting on a proposal from the programme representative. As a rule, the appointment is made for three years. Two additional reappointments are possible. The members of the advisory board are appointed on a voluntary basis. An expense allowance may only be granted for proven travel expenses within the framework of the advisory board meetings in accordance with the Federal Travel Expenses Act.

(4) The advisory board may elect a chairperson and a deputy chairperson by simple majority following a proposal from the programme representative. The chairperson must be drawn from among the external members of the board.

(5) The advisory board shall meet at least every two years. The meetings shall usually take place on the premises of HTW Berlin. Participation via synchronous transmission media (e.g. video conference) may be facilitated for members who are not based locally. The programme representative shall issue invitations to advisory board meetings at least three months before the date of said meeting.

(6) The advisory board shall adopt resolutions on recommendations for the further development of the degree programme(s). The external members of the advisory board shall be entitled to vote. The advisory board shall constitute a quorum if more than half of the voting members are present. A recommendation shall be adopted if more than half of the voting members present agree to it. Abstentions shall not be counted. The decision on the implementation of recommendations issued by the advisory board shall lie with the responsible Faculty Council.

(7) Advisory board meetings shall be subject to minute-taking. The minutes must include the day, time and place of the meeting, the names of the members present, the items discussed and the recommendations adopted. The draft minutes shall be approved by the advisory board by circular resolution as soon as possible. The minutes shall be made accessible to all professors of the supervised degree programme(s) as well as to the responsible Dean’s office. The minutes and the recommendations recorded therein must be included in the Baseline Review according to § 12 PQAST.

(8) The members of the advisory board and guests of the advisory board meetings are obliged to maintain secrecy towards third parties.

§ 11 Ongoing Quality Assurance

The University Board shall discuss the respective plans with the Deans' offices and the management teams within the Division of Continuing Education (ZbwS) as well as the Foreign Languages Centre in order to recognise the need for action and, if necessary, to derive concrete objectives and measures for their target agreements. The Deans' offices and/or the University Board may also invite the programme representatives of individual degree programmes to engage in discussions in response to the results of the ongoing evaluation procedures as described in §§ 6 to 10. The results of these discussions shall be recorded and reviewed after one year at the latest.

§ 12 Baseline Review

(1) Each degree programme shall be subject to a Baseline Review every 12 to 16 semesters. During the course of this audit, a schedule containing accreditation deadlines is coordinated with the Deans' offices and the Vice-President responsible for studies and teaching for all degree programmes. In exceptional cases, the accreditation deadlines may be extended by up to two semesters by the University Board.

The Baseline Review includes:

- the summary report regarding the development of the degree programme in the reporting period and any significant measures and results of quality assurance and improvement that have taken place in the interim,
- a review of the validity of all degree programme documentation and of compliance with mandatory frameworks, and
- if necessary, the redefining of the (learning) objectives, subject-specific focus topics and other target values to be achieved in the next review period.

(2) The procedural documentation, including the degree programme report, minutes and recommendations of the peer counselling as well as the resulting statement by the degree programme and the Dean's office, shall be adopted by the Faculty Council and submitted to the University Board for confirmation. The Faculty Council shall decide on the accreditation eligibility of the degree programme, while the University Board confirms the accreditation. Accreditations may be issued with or without recommendations and/or prerequisites, with the latter to be implemented within three to twelve months. In the case of significant deficiencies, accreditation may be withdrawn and the resumption of the procedure within twelve months may be determined or an external programme accreditation procedure commissioned. The Deans' offices and/or the University Board may invite programme representatives to quality assurance discussions on the
results of the review.

(3) In the event of non-compliance with the deadline or insufficient amendments, an external programme accreditation procedure for the degree programme may be commissioned by the University Board and/or the Dean's office at the faculty's expense.

(4) Within the framework of the Baseline Review, the expert group shall assess the subject-related and content-related quality criteria for degree programmes according to the Study Accreditation Ordinance Berlin (BlnStudAkkV) in conjunction with a quality report. The Office for University Development and Quality Management (ZR HE&QM) shall check for compliance with the formal quality criteria according to the Study Accreditation Ordinance Berlin (BlnStudAkkV). The quality report shall be adopted by the University Board and published in the database of the Accreditation Council.

(5) For degree programmes to be newly established, the internal university accreditation of the degree programme shall be carried out on the basis of the correctly completed procedure for the establishment of degree programmes after presentation of the confirmation of establishment by the Berlin Academic Administration Office, and after due completion of the clearing procedure for the degree programme regulations in terms of a concept accreditation. For the purposes of concept accreditation, an expert group shall be convened in line with the Baseline Review in accordance with § 9, para. 3, sentences 2 and 3, which is tasked with the evaluation of the professional- and content-related criteria according to the Study Accreditation Ordinance Berlin (BlnStudAkkV) in conjunction with a quality report. The peer group may forego an inspection by mutual agreement. The accreditation period shall begin at the start of the semester in which the degree programme is offered for the first time, but no later than the start of the second semester following the announcement of the accreditation decision. The decision regarding and determination of the accreditation period shall be made by the University Board. In deviation from para. 1, sentence 1, above, a shorter accreditation period may be specified for the conceptual accreditation of a degree programme, whereby the duration of the same shall not be less than 8 semesters.

(6) In the event that a degree programme undergoes substantial changes during an accreditation period, the procedure adopted shall be analogous to para. 5, sentences 2 and 3. Amendments to a degree programme are essential if the objectives of the degree programme and the graduate profile change significantly and undergo a content-related realignment. The introduction of new programme specialisations is deemed a major change in the event that it alters the profile of the programme significantly. A degree programme is also deemed to undergo substantial changes if the duration of study, the number of credit points to be acquired and/or the form of study are altered. An alteration in intake capacity alone shall not constitute a substantial change. The ascertainment of a substantial change to a degree programme may lead to the necessity to fulfil extra requirements or to the withdrawal of accreditation; the original accreditation period shall remain unaffected in all other respects.

(7) The deadline may be extended in the case of degree programmes due for discontinuation upon expiry of the period of validity of the Baseline Review. The basis for the extension of the deadline shall constitute the closure of the degree programme by resolution of the committees at HTW Berlin, or the planned discontinuation of the degree programme, provided that no new enrolment cohorts are admitted. The aforementioned extension shall be limited in time to a maximum of four semesters after the end of the last standard semester of study. The ongoing quality assurance measures in accordance with the present Principles shall be continued until the end of the last standard semester of study and beyond, if necessary (cf. §§ 6 to 9).

§ 13 Collection, Processing and Storage of Data; Dissemination of Results

(1) The Office for University Development and Quality Management (ZR HE&QM) may collect, evaluate, store and publish data within the framework of the university statistics and programme monitoring pursuant to § 6, and surveys pursuant to § 7. This data is collected solely for the purpose of quality assurance and improvement of studies and teaching.

(2) Teaching staff shall be obliged to participate in the teaching and module-related evaluations pursuant to § 7, paras. 1 and 3. In the case of individual evaluations initiated in accordance with the above, the evaluated individual and the initiating party shall receive the results.

(3) Students are not obliged to participate in surveys.

(4) Within the framework of the surveys, the respondents shall be fully informed of the purpose of the data collection, the intended type of further processing and data storage as well as regarding the intended recipients and possible publication of the results. The provisions of the EU General Data Protection Regulation (EU-GDPR) must be complied with.

(5) The centrally collected evaluation results shall be assessed and made available by the Office for University Development and Quality Management (ZR HE&QM) in a timely manner. Additional comparative evaluations (e.g. teaching evaluations) shall only be made available to the respective Deans' offices, programme representatives and module representatives within the scope of their responsibilities, for part-time and distance learning programmes as well as further education Master's programmes to the management of the Division of Continuing Education (ZbwS), and for foreign languages, to the management of the Foreign Languages Centre, provided that the return rate for a course does not fall below five completed questionnaires. Individual staff members within the Dean's office, the faculty or the Division of Continuing Education (ZbwS) who perform special tasks within the context of quality management to support the development of degree programmes for one or more of the faculty's degree programmes may be assigned rights by the Dean's office or the management of the Division of Continuing Education (ZbwS) on a temporary or permanent basis, this on the basis of sentence 6, above. This transfer of additional rights shall be strictly limited and documented in writing.

In addition, at HTW Berlin, comparative evaluations for individual professors within the framework of the W-salary grade shall be passed internally to the corresponding committee and its office, and to the University Board for the Good Teaching Award.

Personal comparative evaluations must be deleted or destroyed no later than three years after receipt, with the exception of those received by teaching staff themselves and the data transferred within the framework of the W-salary grade.

(6) The decentrally collected evaluation results shall be prepared in the faculties for the Deans' offices, programme representatives, professors and other teaching staff and made available in a suitable form, this in a timely manner. Paragraphs 1 and 2 shall apply accordingly.

(7) Personal data may only be processed in the evaluation insofar as it is necessary for the purpose of the same, and the provisions of data protection law are complied with within the framework of the information requirements of the EU General Data Protection Regulation (EU-GDPR). Address (mailing) lists of respondents are to be deleted six months after completion of the survey; address (mailing) lists of teaching staff from the course evaluation and the results of this evaluation are to be deleted

after six years at the latest. The collected data from all other surveys must be deleted ten years after collection. Paper questionnaires shall be destroyed after two years. The head of the organisational unit collecting or receiving the data shall be responsible for compliance with the provisions.

(8) In the event that personal data from the campus management databases are to be evaluated within the framework of programme monitoring, this may only concern narrowly defined use cases. This shall only include use cases that either significantly reduce the workload of defined tasks in the faculty administration offices, the Division of Continuing Education (ZbwS) or the Foreign Languages Centre or that serve as an early warning system to support the academic success of individual students for examination committees or subject advisers. Such use cases require a roles and rights concept, which requires separate approval by the University's official Data Protection Officer.

(9) Pursuant to Art. 15, EU-GDPR, an entitlement to receive information free of charge exists regarding the question of whether personal data relating to specific individuals is being processed and, if so, what that personal data is. If the data is incomplete or incorrect, a right to rectification exists (Art. 16 EU-GDPR). In addition, Art. 17 EU-GDPR guarantees the right to deletion if the reason for processing has ceased to exist or if no legal regulation (e.g. retention obligations) is opposed to this. There is also a right to restriction of processing (Art. 18 EU-GDPR) and a right to data portability (Art. 20 EU-GDPR). According to Art. 21 EU-GDPR, there may be a right to object to otherwise lawful processing of personal data on the grounds of a particular personal situation.

(10) The body responsible for processing the data is the Berlin University of Applied Sciences (HTW Berlin), represented by the President (email: Praesident@htw-berlin.de) or the University's official Data Protection Officer. It is also possible to lodge a complaint with the supervisory authority responsible for HTW Berlin if there are doubts about the processing of the relevant data: Berlin Commissioner for Data Protection and Freedom of Information (email: mailbox@datenschutz-berlin.de).

§ 14 Regular Information of the Central University Bodies, the Public and the State of Berlin

(1) At least once a year, the University Board shall report to the Board of Trustees, the Academic Senate, the Coordination Circle and within the framework of an extended university management meeting on the results of the university-wide evaluation measures pursuant to §§ 6-9.

(2) The faculties, the Division of Continuing Education (ZbwS) and the Foreign Languages Centre shall report to the University Board each year on the progress achieved as well as on the upcoming projects in the area of studies and teaching, this in the form of a project plan.

(3) The University Board shall bundle the relevant information from the various organisational units into a report to the Board of Trustees every two years. The University Board is also responsible for publishing university-wide evaluation results and reporting to the State of Berlin.

C: Final Provisions

§ 15 Entry into Force/Publication/Expiry

(1) This regulation comes into force on the day after its publication in the HTW Berlin Official Information Circular. Simultaneously, the Principles for Quality Assurance in the Field of Studies and Teaching at the Berlin University of Applied Sciences (PQAST) dated the 28th of January 2013 (HTW Berlin Official Information Circular No. 10/13.), most recently amended on the 11th of June 2018 (HTW Berlin Official Information Circular No. 20/18), shall cease to be valid.

(2) A transitional period until the 31st of March 2025 shall apply to the conversion of peer groups to advisory boards, the appointment of advisory board members by the Faculty Council and an initial advisory board meeting in accordance with § 9, para. 3 and § 10, paras. 3 and 5.